Nummer 105 | Halle, Sonnabend, den 5. Mai 1923 | 58. Jahrgang
Einzelpreis: 200,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für [illegible] Deutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 3700.00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt Mark 3700.00, in unseren Ausgabestellen abgeholt Mark 3600.00 monatlich. Die zehngespaltene Einzelgen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 120.00, im auswärtigen Verkehr Mark 150.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 400.00 im Ortsverkehr und Mark 500.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Geo[illegible] 17. Fernsprecher-Sammelnummer: Sammel-Nummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Postscheck-Konto: Leipzig 22345. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsänderungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Leitstraße 24, sowie die bekannten Filialen kaufen und zahlen ständig Tagespreis für alle Rohprodukte.

Ein diplomatischer Schritt Englands.

Günstigere Auffassung der Lage in London ⁄ Lord Curzon für eine gemeinsame Aktion ⁄ Der französische Gegenzug ⁄ Unzufriedenheit der französischen Industrie.

Die Pariser Antwortnote.

Paris, 5. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Während des ganzen gestrigen Tages fand zwischen Paris und Brüssel ein Meinungsaustausch über die Form der Antwortnote an die deutsche Regierung statt. Nach den Zeitungen ist dabei eine vollkommene Meinungsgleichheit zwischen der belgischen und der französischen Regierung zustande gekommen. Eine Zusammenfassung der französischen und belgischen Auffassung über die Note ist am Freitag abend sowohl von Frankreich aus als auch von Belgien der englischen, italienischen, amerikanischen und japanischen Regierung mitgeteilt worden. Die Antwort wäre schon am Freitag abend nach Deutschland mitgeteilt worden, wenn nicht Belgien die Befürchtung ausgedrückt hätte, den von Poincaré vorgeschlagenen Text in gewissen Punkten in eine der belgischen Auffassung entsprechende Art abzuändern. Poincaré habe diesen Wunsch, der ihm durch den belgischen Botschafter in Paris mitgeteilt wurde, anerkannt und habe, gestützt auf die Angaben des Botschafters, ein neues Projekt ausgearbeitet, das in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend nach Brüssel abgesandt wurde. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Antwort der belgischen Regierung am Sonnabend mittag in Paris eintreffen wird, so daß die Antwortnote am frühen Nachmittag den diplomatischen Vertretern aller alliierten Länder und der Vereinigten Staaten überreicht werden wird. Am Abend wird dann die Note den deutschen Geschäftsträgern in Paris und Brüssel zugestellt und ebenfalls später auch der Presse mitgeteilt werden. Poincaré empfing am Freitag den englischen Botschafter in Paris Lord Crewe, der ihm mitteilte, daß die englische Regierung einen oder zwei Tage nach der französischen und belgischen Antwort auf die deutsche Note antworten werde.

*

Der Brüsseler Korrespondent des „Temps" glaubt zu wissen, daß sofort, nachdem die französische und belgische Antwort überreicht sein werde, eine Konferenz der französischen und belgischen Minister in Brüssel stattfinden werde, wahrscheinlich am Montag. Nach einer weiteren Mitteilung des „Temps" wird die französische und belgische Antwortnote vor ihrer Uebergabe an die deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel an die alliierten Regierungen gesandt. Damit wäre das Prinzip der Solidarität unter den Mitgliedern der Alliierten gewahrt. Es soll aber im Hinblick auf den geringen Zeitabstand vermieden werden, daß England sich zu der Note äußern könne, bevor sie an die deutsche Regierung gesandt wird. Der „Intransigeant" will nicht einmal von scheinbarer Solidarität etwas wissen. Er wirft die Frage auf, warum Frankreich sich verpflichtet glaube, die Antwortnote an die Alliierten zu schicken, die von der Ruhraktion nichts wissen wollten, um dadurch Poincaré in die Verpflichtung zu setzen, seine Note abzuändern und zu verbessern, gerade wie wenn sie ein Schulaufsatz wäre.

Das Komitee des Forges zum Angebot.

Paris, 5. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Von den französischen Pressestimmen zur Ablehnung der deutschen Vorschläge ist besonders interessant die Haltung des Organs des Comité des Forges. Es erklärt u. a.: In der Beantwortung der deutschen Vorschläge sei eine große Geschicklichkeit notwendig. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß die englische Regierung der Ansicht sei, die Gegenseite, eine Debatte zu eröffnen, sollte nicht abgewiesen werden. Die amerikanischen Einflüsse treiben England eher dazu, zu intervenieren, als daß es sich davon zurückziehen könnte. Die französische und belgische Regierung stände somit vor einem doppelten Risiko. Unter diesen Umständen sei zu wünschen, daß die französische und belgische Regierung ihre Antworten nicht ohne Wissen der anderen Alliierten ausarbeiten. Außerdem sei zu fragen, ob sich die Regierung stark genug fühlt, bis ans äußerste Ende zu gehen.

*

Diese Aeußerung des Organs des Comités des Forges ist doppelt bedeutungsvoll, wenn man daran erinnert, daß in den letzten Tagen innerhalb dieses Komitees ein Zwiespalt zwischen den Anhängern der Zusammenarbeit mit den deutschen Ruhrindustriellen und den Gegnern dieser Zusammenarbeit ausgebrochen ist, der zum Rücktritt der beiden Direktoren Creuzot von den Schneider-Creuzot-Werken geführt hat.

Lord Curzon über die neue Lage.

London, 5. April. (Eig. Drahtmeldung.) Lord Curzon machte gestern als erstes Mitglied der englischen Regierung Ausführungen über die neue Lage, und zwar in einer politischen Versammlung. Er sagte in seiner Ansprache, schwere Wolken lägen augenblicklich über Mitteleuropa, diese Wolken seien innerhalb der letzten 24 Stunden kaum gelichtet worden. Darauf erwidere er, daß man in einer so schwierigen Lage wie der gegenwärtigen keine schnelle und plötzliche Lösung erwarten dürfe. Seines Dafürhaltens sei jede auch noch so unmerkliche Bewegung in diesem Problem ein Schritt vorwärts. Er könne beim besten Willen die Situation nicht für verzweifelt und verzagt ansehen. Die englische Regierung befinde sich in ununterbrochener Erörterung mit der französischen und belgischen. Ob das Angebot Deutschlands gut oder schlecht sei, sei eine Frage, die alle Alliierten angehe. „Wir können aus dieser schwierigen Lage nur herauskommen durch ein gemeinsames Vorgehen, und wenn Deutschland vor eine gemeinsame Entscheidung der Hauptmächte gestellt wird, werden die Aussichten für einen Erfolg sich gesteigert haben." Reuter meldet aus Paris, daß der englische Botschafter in Paris Poincaré erklärt habe, die englische Regierung betrachte die deutsche Note in ihrer gegenwärtigen Form zwar als unannehmbar, sie erspreche der französischen Regierung aber dringend, die Gelegenheit wahrzunehmen, sich in einer allgemeinen Aussprache mit der Reparationsfrage zu beschäftigen.

London, 5. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" mitteilt, wird sich das englisch Kabinett erst versammeln, wenn ihm der Standpunkt aller Alliierten zur deutschen Note mitgeteilt wurde. Im übrigen zeigt man sich in Regierungskreisen sehr reserviert. Man neigt aber der Ansicht zu, daß der Meinung der Geschäftswelt eine größere Beachtung geschenkt werden müsse. Der Ton der deutschen Antwortnote werde allgemein verurteilt. Man ist der Meinung, daß Deutschland mit Bezug auf die Reparationssumme noch nicht das letzte Wort gesprochen habe und man hält dafür, daß die Note nicht bedingungslos abgelehnt werden soll. Deutschland solle im Gegenteil um ergänzende Erklärungen ersucht werden, insbesondere mit Bezug auf die Garantien, die Pfänder und die Beteiligung Deutschlands an internationalen Anleihen. Die Forderung für die sofortige Räumung der Ruhr wird als unzulässig erklärt. Man hält aber dafür, daß Deutschland diese Forderung zurückziehen müsse, wenn irgendeine Grundlage für Unterhandlungen gefunden werden soll. Der „Manchester Guardian" meint, daß die französischen Forderungen in der Reparationsfrage unabhängigen Sachverständigen zufolge die deutsche Zahlungsfähigkeit weit übersteigen.

Curzons Vermittlungsaktion.

London 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Rede Lord Curzons ist gleichzeitig von einem diplomatischen Schritt begleitet gewesen. Lord Curzon hat in Paris und Brüssel den Wunsch zu erkennen gegeben, man möge dem englischen Außenminister die für Berlin bestimmte Antwortnote so rechtzeitig zur Kenntnis bringen, daß es dem Londoner Kabinett noch möglich sei, Ratschläge zu geben.

*

London, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Pariser Telegrammen der Berichterstatter der Londoner Blätter geht hervor, daß die belgische Regierung wahrscheinlich in enger Fühlungnahme mit London bereits in der Lage gewesen sei, erfolgreich in Paris zugunsten einer ausführlichen und präzisen Fassung der französischen Note zu wirken.

Paris, 5. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Nach einer Pariser Meldung der „Times" sei Poincaré geneigt, nichts zu tun, was die Deutschen entmutigen würde, weitere Angebote zu machen, obgleich er klar machen wolle, daß er den ersten vorliegenden Schritt als vollkommen gescheiter ansehe.

Heute Uebergabe der französischen Note.

Paris, 5. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Wie das „Journal" meldet, wird die französische Note heute abend 7 Uhr der deutschen Regierung überreicht werden. Washington und London seien bereits benachrichtigt. Die gesamte Presse betont, daß die Uebereinstimmung zwischen dem französischen und belgischen Standpunkt vollkommen sei.

Ultimatum an die Eisenbahner.

Frankfurt a. M., 5. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet haben seit gestern in einem geradezu ungeheuren Umfange eingesetzt. Nicht nur daß zahlreiche Eisenbahner mit ihren Familien vertrieben wurden, sondern auch Lehrer, Postbeamte und ungezählte Privatleute. Hierbei richtet man sich in erster Linie nach der Staatszugehörigkeit. Preußen und Bayern werden rücksichtslos ausgewiesen, während Elsaß-Lothringer und Hessen-Nassauer noch bleiben dürfen. Auch Pfarrer, aber nur evangelische, werden von dem Schicksal ereilt. Lehrer, die vor vier Jahren in Ost- und Westpreußen ihre Heimat verlassen mußten, um im besetzten Gebiet eine neue Heimat zu finden, müssen jetzt zum zweiten Male auswandern. Die Franzosen wiesen am Donnerstag die gesamte Gendarmerie des Kreises Höchst aus mit Ausnahme eines Gendarmen, der geborener Elsässer ist. Die Franzosen haben an die noch im besetzten Gebiet weilenden deutschen Eisenbahner ein Ultimatum gerichtet, bis Sonnabend abend 5 Uhr die Arbeit in französischen Diensten aufzunehmen, andernfalls erfolgt die Ausweisung mit den denkbar schärfsten Maßregeln.

Paßzwang ab 10. Mai.

Frankfurt a. M., 5. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Wie aus Koblenz bekannt wird, soll der Paßzwang für Deutsche aus dem unbesetzten Gebiet am 10. Mai eingeführt werden. Anträge für derartige neue Pässe müssen an den französischen Oberdelegierten der Rheinlandkommission in Koblenz unter Beifügung zweier Lichtbilder und genauer Angabe der Gründe der Einreise ins besetzte Gebiet gestellt werden. Für die im Rheinland ansässigen Deutschen soll eine Aenderung der Ausreisevorschriften vor dem 20. Mai nicht eintreten. Bis dahin sind genauere Vorschriften für die Reise nach dem unbesetzten Deutschland zu erwarten. Der Düsseldorfer Korrespondent der „Times" veröffentlicht längere Erklärungen amtlicher französischer Stellen über die neue Paßordonnanz 167. Der Hauptzweck der Ordonnanz sei, nicht erwünschte Personen am Betreten des besetzten Gebietes zu hindern, also eine politische Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet zu schaffen. Auf die Frage des „Times"-Korrespondenten, ob es nicht sehr schwierig sein werde, unter den Millionen Deutschen diejenigen herauszufinden, die unerwünscht seien, wurde ihm erwidert, daß dies sehr einfach sei, da man eben nur diejenigen Personen hineinlasse, die Frankreich wirklich erwünscht seien.

Heutiger Stand des Dollars 34189!!

Radauparlamentarismus.

Der Ton der Gosse. — Prügelei zwischen den Brüdern von links.

Das parlamentarische Regiment ist in Deutschland die einzig mögliche Staatsform, in der unsere nationale Einheit trotz Krieg und Zusammenbruch erhalten werden konnte. Gerade in letzter Zeit ist diese Einsicht auch in Kreise gedrungen, die aus einem inneren Treugefühl heraus am alten monarchistischen Staate hingen. Die große Erziehungsaufgabe der Demokratie ist es, diese Erkenntnis im Volke zu vertiefen. Vorgänge freilich, wie sie am Freitag sich im Preußischen Landtage wieder einmal ereignet haben, sind nur zu sehr geeignet, die Abneigung nicht nur gegen den Parlamentarismus, sondern überhaupt gegen die Politik zu steigern. Die Kommunisten des Preußischen Landtages sind eine ganz besondere Sorte. Auf die Landtagssitzen wurden zumeist die jungen radaulustigen Elemente abgeschoben, die weder von Parlamentarismus noch politischem Verantwortlichkeitsgefühl eine klare Vorstellung haben. Gerade durch die Auswahl ungeeigneter Persönlichkeiten kann dem Parlamentarismus schon erheblicher Schaden zugefügt werden. Die preußischen Kommunisten entbehren aber vielfach auch den einfachsten Ansprüchen an menschlichen Umgangsformen. Ihre Ausdrucksweise entstammt vielfach der Gosse, und jenes Unvermögen, sich parlamentarisch auszudrücken, war denn auch am Freitag die erste Ursache des parlamentarischen Krawalls. Herr Katz von den Kommunisten hatte die Sozialdemokratie eine „ganz schmierige Gesellschaft" genannt, was einige Mehrheitssozialisten in derartige Erregung versetzte, daß sie auf den Kommunisten zusprangen, als er die Rednertribüne verließ. Wer den ersten Schlag geführt hat, war nicht festzustellen. Es ist in diesem Falle gleichgültig. Allerdings wäre es auch richtiger gewesen, wenn die Mehrheitssozialdemokraten so viel Selbstdisziplin aufgebracht hätten, Herrn Katz mit Verachtung zu strafen. Wegen seines beleidigenden Ausdruckes gegen die Sozialdemokratie schloß der Präsident, Herr Leinert, den kommunistischen Abg. Katz auf acht Tage von den Sitzungen aus.

Nun aber trat das Ereignis ein, das die Kenner der Verhältnisse längst vorausgesagt hatten. Die Geschäftsordnung des Preußischen Landtages enthält zwar ausreichende Strafvorschriften, aber es fehlt ihr jede Bestimmung über die Exekutive. Gerade Herr Leinert aber ist es gewesen, der sich bisher dagegen gewehrt hat. Herr Katz verfügte sich auf jenen Platz, den einst Herr Leinert inne hatte, als im alten preußischen Dreiklassenhause Herr Julian Borchardt durch Polizisten aus dem Saale geholt werden sollte, wobei aber Herr Leinert so eine Art Flankendeckung für den roten Julian markierte. Man kann gefühlsmäßig die Haltung des Präsidenten des jetzigen Preußischen Landtages durchaus verstehen, aber das schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß er in diesen Fragen sich durch sein Gefühl in der klaren Logik beeinflussen läßt. Strafbestimmungen für renitente Abgeordnete befinden sich mit den anschließenden Exekutivbestimmungen gerade in den Geschäftsordnungen der Mutterländer der Demokratie. In England kann noch heute ein widerspenstiger Abgeordneter vom Speaker in den Tower geworfen werden, und im Palais Royal, dem französischen Parlament, befindet sich nicht nur eine Arreststelle für Abgeordnete, sondern auch eine Parlamentswache, die dem Präsidenten jederzeit zur Verfügung steht. Der Gedanke des besonderen Schutzes des Parlamentes ist ja in parlamentarisch regierten Ländern eine Selbstverständlichkeit. Man schützt durch die Immunität den einzelnen Abgeordneten. Aber über dem individuellen Schutz des Parlamentariers steht das Interesse an einer ungeminderten Arbeitsfähigkeit des Gesamtparlamentes. Wer von außen her seine Tätigkeit bedroht, verfällt schwerer Strafe, das Parlamentshaus selbst ist durch die Bannmeile geschützt. Nunmehr sind verschärfte Strafbestimmungen gegen randalierende Abgeordnete einfach die logische Ergänzung des Parlamentsschutzes von innen her. Mit Polizeigeist und Gewalt hat das nicht das mindeste zu tun. Es handelt sich ausschließlich darum, die Träger der Volkssouveränität in ihrer Arbeit für den Staat nach allen Seiten hin sicherzustellen. Wenn die sozialdemokratische Partei das endlich auch in Preußen begriffen haben wird, werden wir einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen sein. Es ist nur schlimm, daß es zu dieser Einsicht erst eines Falles Katz bedurfte.

Vorher hatte der Preußische Landtag das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Severing mit 248 gegen 79 Stimmen abgelehnt. Das deutschnationale Vorgehen erwies sich als ein lächerlicher Schlag ins Wasser. Die Koalitionsparteien, Deutsche Volkspartei, Deutschdemokratische Partei, Zentrum usw., hielten fest zusammen, und nur die kleine Wirtschaftspartei schloß sich den Deutschnationalen an. Viel bemerkt wurde, daß der Reichsminister Oeser speziell zu der Abstimmung herüberkam und seinem preußischen Spezialkollegen das Vertrauen votierte. So erwies sich der deutschnationale Mißtrauensantrag für Herrn Severing lediglich als eine erwünschte Gelegenheit, seine Position erheblich gestärkt zu sehen.

*

Berlin, 4. Mai. Der Preußische Landtag sah am Freitag Szenen, wie sie selbst in diesem Parlament unerhört sind. Das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen den Minister des Innern Severing wurde mit 248 Stimmen abgelehnt. Dafür waren 79 Stimmen, die sich zusammensetzten aus 70 Stimmen der Deutschnationalen, während die weiteren 9 abgegeben wurden von der Wirtschaftspartei und den Deutsch-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230505012/fragment/page=0001

hannoveranern. Die Kommunisten stimmten nicht für das Votum. Als der Abgeordnete Schulz-Neukölln diese Haltung begründen wollte, um offenbar darzulegen, daß sie damit nicht dem Minister ihr Vertrauen aussprechen wollten, wurde das vom Vizepräsidenten Dr. Porsch als geschäftsordnungswidrig abgelehnt. Es setzte hierauf eine von andauernden Sturmszenen durchzogene Geschäftsordnungsaussprache ein, in der sich die Kommunisten in Beschimpfungen des Präsidiums und der Vertreter anderer Parteien überboten. Als schließlich ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte diesen unerquicklichen Auseinandersetzungen ein Ende machen sollte, ergehen sich die Kommunisten wiederum in Beleidigungen schimmster Art. Man hört den Zuruf: „Zuhälterpack Spitzelbuhl". Hierauf stürzen sich in dichten Scharen die Mehrheitssozialisten auf den Abgeordneten Katz, der seine Obstruktionsrede fortsetzen will und schlagen unaufhörlich auf ihn ein,

drängen ihn dabei die Treppe hinunter, die zur Rednertribüne führt. Die Kommunisten drängen dagegen. Es entwickelt sich eine Schlägerei, die kein Ende nehmen will. Der Lärm macht jede Verständigung unmöglich. Außer auf den Kommunisten Katz wird besonders noch auf den Abgeordneten Pieck losgeschlagen, der einen breite Kopfbeule davon trägt. Der Präsident hat seinen Sitz verlassen. Damit war die Sitzung aufgehoben; der Tumult aber dauerte unverändert an. Kurz nach 1 Uhr erscheint Präsident Leinert wieder an seinem Präsidentenplatze und schließt den Abgeordneten Katz wegen seiner unerhörten Beleidigungen von der Sitzung aus. Dieser leistet nicht Folge. Die Sitzung wird erneut aufgehoben. Noch immer aber durchzittert und durchbebt die ungeheure Erregung das Haus, und macht sich in weiteren Handhebungen der Kommunisten und Gegenkundgebungen der anderen Parteien, besonders der Mehrheitssozialisten, Luft. Der Aeltestenrat tritt zusammen, um Beschluß zu fassen, wie sich die weitere Beratung gestalten soll. Nach einstündiger Pause teilt Präsident Leinert das Ergebnis der Beratungen des Aeltestenausschusses mit: Der

Abgeordnete Katz ist auf 8 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen.

Der Präsident spricht sein Bedauern aus, daß er gezwungen worden sei, von den verschärften Geschäftsordnungsbestimmungen Gebrauch zu machen und richtet nochmals dringende Ermahnungen an das Haus, nicht weitere Ordnungsmaßnahmen nötig zu machen. Jedenfalls würden Beleidigungen der amtierenden Präsidenten nicht mehr ungestraft bleiben. Werde der Präsident beleidigt, dann bedeutet das, so sagt der Redner unter lebhafter Zustimmung aus dem Hause hervor, eine Beleidigung des Landtags, und nicht eine solche eines Mitgliedes einer Partei. Die Kommunisten begleiteten diese Erklärungen mit neuen Kundgebungen. Der Präsident stellt fest, daß der Kommunist Katz der Aufforderung, den Saal zu verlassen nicht Folge geleistet hat, und schließt hierauf die Sitzung. Der Aeltestenrat tritt aufs neue zusammen. Eine neue Sitzung folgt. Präsident Leinert teilt den Ausschluß des Kommunisten Katz auf im ganzen 15 Tage mit. Noch eine Geschäftsordnungsdebatte, aber etwas weniger stürmisch — dann ist man für heute am Ende. Am Sonnabend soll die zweite Beratung des Kultushaushalts begonnen werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. Mai. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Abstimmungen über das Versammlungssprengungsgesetz. Der Rechtsausschuß schlägt bekanntlich vor, in das Reichsstrafgesetzbuch einen § 107a einzufügen, wonach derjenige, der nicht verbotene Versammlungen und Kundgebungen mit Gewalt verhindert oder sprengt oder in Zusammenhang mit solchen Versammlungen Gewalttätigkeiten begeht, mit Gefängnis, neben dem auch Geldstrafe bis zu 1 Million erkannt werden kann, bestraft wird. Der Versuch soll strafbar sein. Ein Antrag Dr. Radbruch (Soz.) will Vorgänge, die im Zusammenhange mit solchen Versammlungen stehen, also vor oder nach der Versammlung, ausschalten, und die Bestimmung streichen, wonach der Versuch schon strafbar sein soll. Abg. Dr. Brodauf (Com.) erklärt, daß seine Fraktion für diese Streichung stimmen werde, um den Weg zu einer Verständigung bis zur dritten Lesung zu ebnen.

Der sozialdemokratische Antrag wird darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei angenommen. Angenommen wird ein Antrag Leutheußer (DVP.), Warmuth (Dn.), Brodauf (Com.), die Begrenzung der Geldstrafe auf höchstens 1 Million Mark zu streichen. Mit diesen Aenderungen wird darauf das

Versammlungssprengungsgesetz in zweiter Lesung gegen die Linke angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushaltsplans des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt. Abg. André (Ztr.) beklagt die große Zahl der arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen, die jetzt bereits 120 betragen, so daß sich niemand mehr auskenne. Der Redner bekämpft den Organisationszwang der Gewerkschaften und verteidigt das Unternehmertum, ohne welches die Wirtschaft nicht gefördert werden könne. Abg. Thiel (DVP.) hält einen Umbau und eine Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung für erforderlich. Am meisten habe die Gruppe der Kriegsverletzten unter der Geldentwertung gelitten. Der Redner warnt vor einer Sozialisierung der Aerzteschaft und lehnt die sozialdemokratischen Wünsche auf Zentralisierung des sozialen Versicherungswesens ab. Er tritt für die Arbeitsgemeinschaften ein. Abg. Dr. Zimmermann-Franken (Bayer. V.-P.) beklagt gleichfalls die Fülle der sozialen Gesetzgebung. Der Redner tritt für die Bevorzugung der produktiven Erwerbslosenfürsorge vor der Arbeitslosenfürsorge ein. Das neue Hinaufschnellen des Dollarkurses sei eine Lumperei, ein Verbrechen an der deutschen Nation. Von einer Lohnsklavisierung könne unter diesen Verhältnissen keine Rede sein. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns lehnt

das Umlageverfahren im Versicherungswesen

ab. In der Unfallversicherung empfehle sich die Abfindung der kleinen Renten. Der Minister hält an der bisherigen Sozialpolitik fest. Von einer „sozialdemokratischen Kinderstube", wie sich der Abg. Lambach ausdrückte, könne im Arbeitsministerium keine Rede sein. Abg. Malzahn (Komm.) bezeichnet die Praxis des Arbeitsministers und anderer Minister, vor dem kommunistischen Redner das Wort zu ergreifen, als eine Provokation und Verhöhnung der Arbeiterschaft. (Widerspruch.) Der Redner fordert proletarische Kontrollorganisationen für das ganze Reich. Es müsse endlich eine Arbeiterregierung die Macht in die Hand nehmen. Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Haus vertagt sich. — Sonnabend, 2 Uhr Einzelberatung des Haushalts des Arbeitsministeriums.

*

Die dritte Lesung des Versammlungssprengungsgesetzes wird voraussichtlich am Dienstag erfolgen. Die Sozialdemokraten haben in ihrer letzten Fraktionssitzung beschlossen, auch gegen den Kommunistantrag Marx (Ztr.), Brodauf (Com.) zu stimmen, obwohl er eine Milderung des Beschlusses des Rechtsausschusses bringt und eine Bestrafung nur vorsieht, wenn die Absicht der Versammlungssprengung festgestellt ist. Die Sozialdemokraten werden aber der Verabschiedung des Gesetzes in der neuen Form keine Hindernisse entgegensetzen.

Polnische Arbeiter für das Ruhrgebiet?

Danzig, 5. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) In der zweiten Hälfte des April haben folgende französische Dampfer Danzig mit polnischen Arbeitern verlassen: am 14. April Dampfer „Calisornie" mit 162 polnischen Arbeitern, am 18. April Dampfer „Bologne" mit 860 polnischen Arbeitern, am 24. April Dampfer „Leuchty" mit 1919 polnischen Arbeitern, am 27. April Dampfer „Calisornie" mit ca. 1000 polnischen Arbeitern. Das Ziel der Dampfer ist Dünkirchen, und es ist anzunehmen, daß diese polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet Verwendung finden.

Milliardenschaden durch Großfeuer.

Koblenz, 5. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag entstand auf dem Güterschuppen des Bahnhofes Koblenz-Lützel, wo sich eine Wache der Franzosen befindet, ein Großfeuer, das schnell um sich griff. Die in dem Schuppen befindlichen Waren im Werte von vielen Millionen verbrannten trotz des Eingreifens der Feuerwehr und zweier Kompagnien Besatzungstruppen. Der Schaden beträgt einige Milliarden Mark. Die Ursache ist noch unbekannt.

Das Kriegsgericht gegen Krupp.

Erster Verhandlungstag. Fortsetzung.

Werden, 4. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Der Gerichtshof erklärt sich nach kurzer Beratung für zuständig und lehnt die Abtrennung des Verfahrens gegen die drei letztgenannten Angeklagten ab. Sodann erfolgt die Verlesung der Anklageschrift. Den Angeklagten wird ein Komplott zum Zwecke eines Angriffes auf die französischen Truppen zur Last gelegt, weil sie Maßnahmen getroffen haben sollen, daß beim Betreten der Kruppschen Werke durch die französischen Truppen die Sirenen ertönen sollten. Außerdem wird den Angeklagten eine Störung der öffentlichen Ordnung zur Last gelegt, durch die Inbetriebsetzung der Sirenen am Karsonnabend, sowie Vergehen gegen verschiedene Verordnungen des Generals Degoutte. Nach Verlesung der Anklage kommt man zur Vernehmung der Angeklagten. Als erster wird

Dr. Krupp von Bohlen und Halbach vernommen.

Er gab ausführlich Auskunft über die Funktionen, die ihm als Vorsitzender der Fried. Krupp A.-G. obliegen, sowie über die Rechte und Pflichten der einzelnen Direktoren und über die Befugnisse des Aufsichtsrats im allgemeinen. Er sagte weiter: „Wenn in der Anklageschrift steht, daß ich hinzugerufen worden sei, als die Vorgänge am Karsonnabend sich abspielten, so ist das ein Irrtum. Es ist mir lediglich mitgeteilt worden, daß die Kraftwagenhalle durch französisches Militär besetzt worden sei. Ich habe in diesem Augenblick die Auffassung gehabt, als wolle man mir mit dieser Mitteilung nahelegen, mit meinem eigenen Kraftwagen vorsichtig zu sein. Diese Mitteilung ist mir nicht durch einen Direktor, sondern durch einen Boten überbracht worden. Am 8½ Uhr vormittags bin ich in das Verwaltungsgebäude gekommen. Kurz vor 9 Uhr erschien dann Direktor Hartwig bei mir und sagte, auf Beschluß des Betriebsrates solle man um 9 Uhr die Sirenen ziehen, weil die Kraftwagenhalle besetzt sei. Er bemerkte dabei, daß die Arbeiter das unbedingt verlangt hätten, weil sie über die Beschlagnahme der Kraftwagenhalle äußerst ungehalten seien. Die Benutzung der Sirenen in diesem Falle beruht auf einer allgemeinen

Vereinbarung zwischen den Werken des Ruhrgebietes.

In den letzten Jahren sind wiederholt bei irgendwelchen Ereignissen die Sirenen gezogen worden. Kurz vor 10 Uhr bat ich Direktor Bruhn zu mir, der einige Tage verreist gewesen war und besonders wichtige finanzielle Fragen zu erörtern hatte. Direktor Bruhn kam und sagte, es seien die Herren vom Direktorium versammelt, die ebenfalls Mitteilungen über seine Reise entgegennehmen wünschten. Ich erklärte mich daraufhin bereit, mit zu dieser Versammlung zu kommen, damit der Bericht nicht zweimal erstattet zu werden brauche. Während der Verhandlung wurde uns mitgeteilt, daß die Mitglieder des Betriebsrates mit dem Militärkommando verhandelten, um dessen Abzug zu erreichen. Es wurde dann von den Betriebsratsmitgliedern dem Kommando zugesichert, daß ihm nichts geschehen werde." Vorsitzender: „Haben Sie nicht gesehen, daß die Massen, die inzwischen sich auf dem Fabrikhof angesammelt hatten, mit Stöcken bewaffnet waren und die Soldaten bedrohten?" Krupp v. Bohlen: „Das habe ich nicht gesehen. Ich habe auch gar keinen Anlaß zu der Annahme gehabt, daß die Arbeiter eine aggressive Haltung einnehmen würden." Vorsitzender: „Haben Sie nicht den Versuch gemacht, in den Konflikt einzugreifen?" Krupp v. Bohlen: „Nein, es ist mir überhaupt nicht der Gedanke gekommen, daß es zu einem Konflikt kommen würde, denn die Sirenen sind namentlich in den letzten Jahren häufiger gezogen worden, wenn es sich um eine Stellungnahme der Arbeiterschaft gegen die Firma Krupp gehandelt hatte oder

wenn aus innerpolitischen Gründen demonstriert wurde."

Anklagevertreter: „Sind frühere Schupolizeibeamte bei Ihrem Oberwachdienst eingetreten?" Krupp v. Bohlen: „Das glaube ich nicht, ich kenne aber die Herren vom Oberwachdienst nicht." Verteidiger Dr. Marland: „Sind derartige Demonstrationen schon früher vorgekommen, ohne daß aus dem Bureau der Werksleitung heraus eingegriffen wurde?" Krupp v. Bohlen: „Jawohl, ist in den letzten Jahren wiederholt vorgekommen." Damit ist die Vernehmung Krupp v. Bohlens beendet, und es tritt eine Mittagspause bis 2 Uhr ein. In der Nachmittagssitzung schildert Direktor Bruhn das Verhalten der Direktoren Cuntz und Schräpler und sein eigenes als weit entfernt von jedem gewagten Experiment. Auch der Betriebsrat bestehe aus ruhigen, geschulten Leuten. Auch Direktor Hartwig bekundete, daß nach Mitteilung der Erwähnten der Betriebsrat mit ihrem Einverstehen das Ziehen der Sirenen beschlossen habe. Dann machte Direktor Oehlen Bekundungen in der Sirenenfrage, die die entlastenden Angaben bestätigen. Um 4 Uhr tritt eine Pause ein, worauf die Vernehmung des Betriebsrats Müller erfolgte, dessen Angaben die der Direktion bestätigen. Dann wurde die Verhandlung auf Sonnabend morgen 8 Uhr vertagt.

*

Die Verhandlungen am Sonnabendmorgen.

Werden, 5. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die heutige Verhandlung des französischen Gerichts gegen die Kruppdirektoren begann mit einiger Verzögerung. Als erster Zeuge wird Herr v. Bülow vorgerufen. Der Zeuge ist Abteilungschef und untersteht dem Direktor Bauer. Er ist generell beauftragt gewesen, mit französischen Kommissionen, die in das Werk kommen, zu verkehren, sie zu empfangen und mit ihnen zu verhandeln. Es wird bekannt, daß das Detachement, das von einem Offizier geführt wurde, nur nach der Halle gekommen war zum Schutze einer Kommission, die nachfolgen würde. Die Ankunft dieser Kommission hat er erwartet, um sie seinem Auftrage gemäß zu empfangen. Er hat gehört, daß Direktor Schräppler gesagt habe, die Arbeiter wünschten, daß die Sirenen gezogen werden. In der Vorunterredung soll er etwas anderes gesagt haben. Er bekräftigt aber heute, daß die Arbeiter den Wunsch geäußert hätten, daß man die Sirenen ziehe. Er bestätigt auch ferner, daß die Direktoren Schräppler und Cuntz es gewesen seien, die den Befehl zum Ziehen der Sirenen gegeben haben, nachdem sie mit den Mitgliedern des Arbeiterrates verhandelt hatten. Der nächste Zeuge ist einer der französischen Soldaten, die dem Kommando angehörten, das nach der Autohalle geschickt wurde. Er erzählt, daß die große Menschenmenge, die sich angesammelt hatte, ihnen

das Gefühl der Furcht eingeflößt

hätte. Sie fühlten sich bedroht und zogen sich in das Innere der Halle zurück. Als die Menge in das Innere der Halle einzudringen schien, sei dann der Befehl zum Schießen gegeben worden aus der Besorgnis heraus, daß sich die Soldaten in Lebensgefahr befunden hätten. Der Angeklagte Betriebsrat Müller wurde nochmals vorgerufen und einem Kreuzverhör unterzogen. Präsident: Haben Sie gesehen, daß ein Offizier und zehn Mann da waren? Müller: Jawohl. Präsident: Wie konnten Sie behaupten, daß ein Offizier und zehn Soldaten in die Produktion dieses großen Werkes eindringen könnten? Müller: Die Wagen wurden unbedingt für die ungestörte Fortführung der Arbeit gebraucht, und wenn sie die Wagen fortgenommen hätten, dann wäre unbedingt eine Störung der Produktion eingetreten. Der Zeuge bestätigt, daß er sich mit den anderen Betriebsratsmitgliedern habe verständigen können.

Nun schweige mir jeder von seinem Leid
und noch so tiefer Not!
Sind wir nicht alle zum Opfer bereit
und zu dem Tod?

Will Vesper

Unser Opfer für Ruhr und Rhein ist das

Deutsche Volksopfer!

Spenden in der Provinz Sachsen auf Konto „Ruhrhilfe des Oberpräsidenten für die Provinz Sachsen" bei der Deutschen Bank, Filiale Magdeburg.

Auch unser Verlag nimmt Spenden an.

Rheinische Industriebilder.

Von Hermann Ritter.

Die Textilindustrie von Rheydt und M.-Gladbach.

Die Textilindustrie der M.-Gladbacher Gegend entstand aus einer ausgedehnten Hausindustrie, die sich mit Verarbeitung des Flachses beschäftigte, den einst das niederrheinische Land in großen Mengen hervorbrachte. Ihre ersten Anfänge gehen zurück bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts und werden bezeichnet durch kleine Leinwandfabriken, die außer ihren Arbeitern auch eine Anzahl Hausweber beschäftigten, die freilich damals alle nur in der Zeit nach Aussaat und Ernte als Weber und Spinner tätig waren und im übrigen Landwirtschaft und Gartenbau betrieben. Unter dem Einfluß der Fabriken wurde die Arbeit den Webern allgemach immer mehr aus einer Neben- zur Hauptbeschäftigung und verbesserte sich die Qualität der Leinwand derart, daß 1801 der „Kölner Kalender" berichten konnte, das Leinentuch der Gegend von M.-Gladbach sei so fein geworden, daß den Spinnereien für ein Pfund Leinengarn 36—40 Fr. Spinnlohn bezahlt werden müsse. Neben der Leinenweberei hatte am Ende des 18. Jahrhunderts auch von Holland aus die Baumwollweberei Eingang ins Gladbacher Revier gefunden. 1804 lieferte M.-Gladbach schon 10 000 Stück Baumwollstoffe und Rheydt 7000. Das Baumwollgarn bezog die Industrie aus England über Amsterdam, und zu dieser Hafenstadt wurde auch die Hauptmasse der gefertigten Baumwollware, in erster Linie Stamoisen, gemusterte Schürzen- und Kleiderstoffe, in großen Lastwagen befördert. Mit der Einführung der Baumwollweberei gewann die Industrie von Jahr zu Jahr an Vielseitigkeit. Sie machte sich durch Einführung der Baumwollspinnerei von England unabhängig und begann mit Herstellung zugkräftiger Exportartikel, unter denen nach den Befreiungskriegen die sogenannten „Schlingeldengs", mit Seide durchwirkte Hüfttücher für die Eingeborenen der holländischen Kolonien, eine besondere Rolle spielten. Auch die Baumwollindustrie konnte die Hausweber nicht entbehren, deren ein einziger Unternehmer oft über 1000 beschäftigte und die sich die vom Kettenscherer vorgerichteten Garnstränge der „Kette", das Muster sowie das Garn für den Einschlag bei ihrem Arbeitgeber abholten. Im Sommer waren sie freilich für diesen damals immer noch nicht zu sprechen. Kein Bitten und Drängen vermochte dann den Weber, seinen verstaubten Webstuhl wieder in Tätigkeit zu setzen und von seiner Landarbeit abzulassen, die ihm freilich ja auch wirtschaftliche Selbständigkeit und körperliche Rüstigkeit erhielt.

Einen künstlichen Aufschwung am Anfang des vorigen Jahrhunderts verdankte die Textilindustrie von M.-Gladbach und Umgegend hauptsächlich der Kontinentalsperre. Die Jahre von 1815 bis 1818 brachten für die Textilindustrie wie für alle Gewerbe einen natürlichen Rückgang. Nachdem die preußische Regierung dann den Wall eines Schutzzolles gegen die das Land überschwemmenden englischen Stoffe und Garne gebaut hatte, konnte man wieder von einer Besserung und Festigung des Geschäftes reden. Es erwuchs gleichzeitig der Industrie ein neuer Zweig in der Färberei, und die neu eingeführten Dampfmaschinen halfen außerordentlich an der Hebung der industriellen Tätigkeit, die sich immer mehr auf Weberei ausschließlich baumwollener Stoffe beschränkte, so daß die altüberlieferte Leinenweberei zuletzt ganz einging. Das Geschäft erlebte in den dreißiger Jahren eine besondere Belebung durch Aufnahme halbwollener Stoffe, die bei Männer- und Frauenkleidung Verwendung fanden. Coffinet hieß das Gewebe, bei dem farbig melliertes Wollgarn als Einschlag benutzt war, Vigogne die Ware, deren Garn aus einem Gemisch von Rohbaumwolle und Schafwolle bestand. Die Vigognegarne wurden anfangs noch in Strängen geliefert; mit Einführung der mechanischen Weberei kamen sie aufgesponnen auf Papierhülsen, den heute noch gebräuchlichen „Cops", zum Versand.

Natürlich war auch hier die Entwicklung des Eisenbahnwesens von unmeßbarem Einfluß auf weitere Ausdehnung der Industrie. So betrug beispielsweise in Rheydt die Zahl der für die Handelskammer wahlberechtigten Personen im Jahre 1831 nur 6, 1848 bereits 20. 1857 zählte diese Stadt bereits 73 selbständige Fabrikanten von Baumwollwaren, halbwollenen Stoffen, Plüsche und Seidenwaren. Das gleiche Jahr sah die Einführung des mechanischen Webstuhles, die ein anfangs allmähliches, dann aber unaufhaltsames Absterben der Hausindustrie, die Verwandlung des Hauswebers in einen Fabrikarbeiter im Gefolge hatte, eine in sozialer Beziehung sehr bedeutungsvolle Umwälzung, die auch für den Fabrikanten mancherlei Mißliche brachte. Die frühere Arbeitsweise zwang diesen nicht zum Bau kostspieliger Fabrikanlagen und zur Anschaffung teurer Maschinen. Sie ermöglichte leichte Einschränkung und Umstellung des Betriebes bei wechselnden Konjunkturen und ein Hinausarbeiten auch bei verhältnismäßig geringem Kapitale. Die Vorteile des mechanischen Betriebes bestehen in leichterer und vollkommenerer Herstellungsweise, Verbilligung der Fabrikate und Erweiterung der Absatzgebiete. Auch ermöglicht der mechanische Webstuhl ein rascheres Anpassen an wechselnde Mode und die Bedürfnisse der Abnehmer. Unter seiner Benutzung konnte sich die Seiden- und Samtweberei günstig entwickeln und nach Einführung der Petroleumlampe die Dochtfabrikation einsetzen. Als Nebenzweig des Textilgewerbes entstand dann noch eine besondere Bekleidungsindustrie, die in erster Linie Arbeiterkonfektion und in anderen Betrieben Schuhwaren herstellt. Dann entstand eine Reihe von Fabriken, die Ausrüstungsstücke für Spinnereien und Webereien herstellen, Maschinen bauen usw. Der Schwerpunkt des ganzen großartigen Erwerbslebens liegt heute in der Herstellung von Gladbacher Artikel, d. h. von Arbeiteranzugstoffen, Futterstoffen und Futterstoffen, Artikel, für die sich der Bezirk eine Art Domäne geschaffen hat.

Musik und Klima.

Sind England und Amerika musikalische Nationen?

Die Frage kann man glatt mit „nein" beantworten. Unter den musikalischen Völkern der Erde stehen zweifellos an erster Stelle Italien, Deutschland, Oesterreich und die slawischen Völker. In zweiter Linie kommt wohl Frankreich, dann in bedeutend weiterem Abstand etwa die Schweiz, Holland und die nordischen Staaten (Schweden, Norwegen, Dänemark); an letzter Stelle England und Amerika. Bei Amerika kann man eigentlich überhaupt von keiner Kultur bzw. musikkulturellen Entwicklung sprechen, und England hat, wenn man etwa von Henry Purcell (1659—1695), dem Zeitgenossen Shakespeares, und Händel, der ja im Grunde seines Wesens fast Deutscher geblieben ist, trotzdem er ein Leben lang in England lebte, und von einigen modernen Erscheinungen, wie etwa dem Iren Cyrill Scott, absieht, auch kein bedeutendes musikalisches Genie zur Welt gebracht. Englische und auch amerikanische Musik ist mehr oder weniger seichter, oberflächlicher, süßlich parfümierter Salonkitsch. „Auch in Amerika liebt man zu singen und zu blasen," schrieb unlängst in der Musik" H. J. Gigler, „aber wirklich kulturell interessiert an den „Kanonen", die man sich aus Europa kommen läßt, sind jedoch nur vereinzelte Nicht-Yankees. Die produzierenden Musiker aber sind in allen diesen Ländern Ausnahmeerscheinungen, und meist fällt sich an ihnen ein fremder, nicht bodenständiger Reflexeinfluß feststellen . . ." Nordamerika ging voran und vermochte aus Europa alles zu kaufen, was gut und teuer war. Daß die Gründe peluniärer Natur sind, braucht nicht erwähnt zu werden. Aber Einflüsse hat keines jener Länder auf die Produktion bedeutender Musiker ausgeübt. Was haben Johann Strauß, Mahler oder Richard Strauß in Amerika musikalisch erlebt? Was in London? Händel und Haydn blieben von London innerlich völlig unberührt. Die angelsächsischen Komponisten sind Einzelerscheinungen. Mac Dowell und Cyrill Scott sind Musiker, deren Bedeutung noch nicht abschließend zu beurteilen ist. Was sonst aus dem Westen kommt, muß mehr vom Standpunkt der Tanzkunst und — Sexualpsychologie betrachtet werden." — So sieht in Wirklichkeit die angelsächsische „Musikkultur" aus!

Felix von Lepel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230505012/fragment/page=0002